

## **Konsequent für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie: Veränderung beginnt mit Opposition**

Hessen braucht eine andere Politik: Demokratisch legitimierte Instanzen müssen über die Gestaltung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen entscheiden, nicht Banken und Konzerne. Die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen und nicht umgekehrt. Die LINKE steht an der Seite aller Menschen, die für eine Verbesserung ihrer Lebensumstände eintreten und selbst über ihr Leben bestimmen wollen. Wir werden auch weiterhin als ihr verlässlicher und glaubhafter außerparlamentarischer wie auch parlamentarischer Partner auftreten und den Protest von der Straße in die Parlamente tragen. Im Hessischen Landtag, in den Ortsbeiräten, Stadtparlamenten und Kreistagen werden wir nicht müde, Impulse der sozialen Bewegungen und die Anliegen der Menschen lautstark zu thematisieren. Wir arbeiten als LINKE in zwei Aktionsfeldern, die wir zueinander ständig in Beziehung setzen: parlamentarische Vertretung und das zivilgesellschaftliche Engagement von Menschen, Gruppen und Vereinigungen. DIE LINKE muss an der Seite von Gewerkschaften die konkreten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit in den Betrieben und auf den Straßen unterstützen. Dazu müssen wir uns mit den gewerkschaftlichen Kräften vernetzen, die den Arbeitskampf als zentrales Mittel gewerkschaftlichen Handelns wieder in den Vordergrund stellen.

Die LINKE. Hessen setzt sich unmissverständlich für eine Verbreiterung des außerparlamentarischen Widerstands ein, um mehr gesellschaftliche Gegenmacht aufzubauen, damit eine grundsätzliche Änderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse erreicht werden kann. Die LINKE bekennt sich in ihrem Erfurter Programm dazu, dass wir für einen Systemwechsel zum demokratischen Sozialismus kämpfen, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit den Zielen einer freien, demokratischen, sozialen und inklusiven Gesellschaft unvereinbar ist.

Rechnerisch gibt es seit den Landtags- und Bundestagswahlen eine Mehrheit jenseits der CDU. Doch die Grünen haben sich in Hessen mit dem schwarz-grünen Bündnis von der Option Rot Rot Grün verabschiedet, so dass DIE LINKE. Hessen hier als einzig konsequente Opposition verbleibt. Auf Bundesebene hat die SPD ihre wichtigste Forderung nach einer sozialen Steuerpolitik schnellstmöglich fallen gelassen. Wir jedoch setzen unseren Kampf für den nötigen und möglichen Politikwechsel fort. Wir bleiben dabei: „DIE LINKE beteiligt sich nicht an Regierungen, die Sozialabbau, Privatisierung und Stellenabbau betreiben.“

Bei den Europawahlen haben Rechtspopulisten und Faschisten auch in Hessen erheblich gewonnen. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass viele Hess\_innen mit der EU zu Recht weniger Demokratie, weniger Soziales und mehr Bürokratie verbinden. Das muss anders werden. Wir werden die Themen der Europawahl und unser Profil als internationalistische Partei weiter entwickeln.

In Hessen bleiben unsere Kernthemen:

- **Frieden**

Wir sind eine Friedenspartei und deshalb kämpfen wir gegen die Militarisierung der Außenpolitik und die damit verbundene Militarisierung in Bildung und Ausbildung - gegen Rüstungsproduktion und -

exporte, NSA und militärische Einrichtungen, gegen Rüstungsforschung an den Hochschulen und die Bundeswehr in Schulen und Arbeitsämtern.

- **Bunt statt Braun**

Angesichts des Flüchtlingsdramas an den europäischen Außengrenzen und dem unwürdigen Geschacher um Unterbringung treten wir für eine würdige Aufnahme von Flüchtlingen und die Bekämpfung der Fluchtursachen ein. Wir werden uns Rechtspopulisten und Faschisten weiter in den Weg stellen und weiter an der Aufklärung der NSU-Morde und der Rolle des hessischen Verfassungsschutzes arbeiten. Den Inlandsgeheimdienst wollen wir auflösen.

- **Soziale Gerechtigkeit**

Wir kämpfen gegen die Folgen der Schuldenbremse und kommunalen Schutzschirme zu Lasten der Sozialtats. Wir streiten für bezahlbaren Wohnraum und bieten Sprechstunden und Hilfsangebote gegen die HartzIV-Willkür an. Wir wollen den öffentlichen Sektor zukunftssicher gestalten und privatisierte Krankenhäuser rekommunalisieren. Nicht zuletzt kämpfen wir gegen die zur Verelendung führende Politik der Troika am Ort der EZB in der Blockupystadt Frankfurt am Main.

- **Konsequent für Demokratie**

Wir verteidigen das Demonstrationsrecht und unterstützen lokale Bündnisse und Gewerkschafter\_inneninitiativen gegen TTIP, TISA und CETA. Wir kämpfen gegen (Video-) Überwachung und setzen uns für Bürgerentscheide auf kommunaler und Landesebene sowie die Stärkung der Rechte für kommunale Abgeordnete ein.

- **Sozial - ökologischer Umbau**

Wir stehen für einen demokratischen, an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit orientierten Umbau der Wirtschaft als Teil einer sozial und ökologisch verantwortungsvollen Politik zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wir kämpfen gegen Fracking, genmanipulierte Nahrungsmittel, die Versiegelung der Böden und Versalzung der Gewässer. Und wir kämpfen gegen die Verlärmung des Rhein-Main-Gebiets und für die Begrenzung auf 380 Tsd. Flugbewegungen jährlich in Frankfurt, streiten für eine Energiewende, die die Eigentumsfrage stellt und die Macht der Konzerne bricht. Wir setzen uns für einen sicheren, von den Betreibern bezahlten Rückbau des AKW Biblis ein.

Linke Politik vor Ort mit Kommunalpolitik verbinden: Für ein gutes Leben in lebenswerten Städten und Gemeinden

Die großen gesellschaftlichen Probleme, die Fehlentwicklungen in der „großen Politik“ werden für viele Menschen in ihrem Lebensumfeld spürbar. Die Vorherrschaft der Interessen von Banken und Konzernen über die Bedürfnisse breiter Teile der Bevölkerung, die Konzentration von immensem Reichtum in den Händen Weniger einerseits und leere öffentliche Kassen andererseits verschlechtern die Lebensbedingungen in unseren Städten und Gemeinden.

Ein wesentliches Instrument dieser Politik ist die sogenannte „Schuldenbremse“. Sie greift schon jetzt tief in das Leben der Menschen in Hessen und Europa ein und wird in den kommenden Jahren noch weit spürbarer. Ohne soziale Steuerreform und Lösung der Euro-Krise wird die „Schuldenbremse“ zu einem einzigen Abbau-Programm für Demokratie und Soziales. Ohne die Schulden wirklich abzubauen zu können, werden weiter Lasten auf ohnehin schon Belastete abgewälzt. Das haben auch SPD und

Grüne vor Einführung der „Schuldenbremse“ so gesagt und dem nur unter der „Bedingung“ höherer Steuern für Reiche zugestimmt. Doch nach den Wahlen bleibt diese „Einnahmeverantwortung“ für Regierungsbeteiligungen auf der Strecke. Auch in Hessen heißt das: Öffentliche Investitionen in Schulen, Wohnungen, Verkehr, Schwimmbäder, Vereine und in Beschäftigung (!) werden drastisch gekürzt, während Gebühren und Abgaben für KiTas, Miete, Schulgeld, Energie und öffentliche Leistungen drastisch steigen. Wenn Kommunen nur zum Geldkürzen und Geldeintreiben missbraucht werden, damit die Reichen und Mächtigen nicht haften müssen, ist Widerstand nötig.

Wir wollen uns mit diesen unsozialen und undemokratischen Entwicklungen in unseren Städten und Gemeinden nicht abfinden. Wir wollen eine solidarische und demokratische Gestaltung unseres Gemeinwesens. Die Kommune sind wir alle. Wir verbinden Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik mit konkreten Vorschlägen für die Verbesserung der Lebensbedingungen im Hier und Jetzt sowie mit politischen Alternativen, die über die bestehenden Zustände hinausweisen. Für uns gehören der Protest gegen neoliberale Stadtentwicklung, Investorenherrlichkeit, Gebührenerhöhungen und Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge genauso zu den Grundelementen linker Kommunalpolitik, wie konkrete Vorschläge für einen kostenlosen und barrierefreien ÖPNV, bezahlbaren Wohnraum sowie freien Internetzugang für alle und ein soziales Beschaffungs- und Vergabewesen. Dabei verlieren wir unser großes Ziel, ein selbstverwaltetes Gemeinwesen als Teil einer Gesellschaft jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung, nicht aus den Augen. Unsere Politik in den Kommunen lässt sich von den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, Demokratie, Nachhaltigkeit und Frieden leiten. Wir setzen uns für das Wahlrecht aller hier Lebenden ein. Wir thematisieren die unterschiedlichen Entwicklungen und Probleme in Stadt und Land, in den Metropolen wie im ländlichen Raum.

Die durch Sparzwänge eingeschränkten Handlungsspielräume der Kommunen nehmen wir nicht hin. Wir brechen die großen Fragen auf die konkreten Probleme vor Ort herunter. Wir kritisieren unsoziale Europa-, Bundes- und Landespolitik auch auf der Ebene der Städte und Gemeinden und initiieren kommunale Bewegungen, wie etwa für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, gegen den Verkauf der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte oder gegen die Freihandelsabkommen (TTIP, TISA und CETA). Aber wir geben uns nicht mit Fingerzeigen in Richtung Wiesbaden, Berlin oder Brüssel zufrieden. Wir verlangen von den Verantwortlichen auch vor Ort, die Handlungsspielräume, seien sie groß oder klein, im Sinne der Einwohner\_innen für eine sozialere und demokratischere Politik zu nutzen.

Die politische Arbeit in den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungskörperschaften und Ortsbeiräten betreiben wir nicht losgelöst von den Diskussionen und Aktivitäten in der Partei. Wir verbinden diese vielmehr mit der Arbeit unserer Kreisorganisationen, Ortsverbänden und Stadtteilgruppen.. Zur Verbesserung der kommunalpolitischen Arbeit organisiert der Landesvorstand in Zusammenarbeit mit Kommunelinks zukünftig Arbeitstreffen mit den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der hessischen LINKEN

Auf Augenhöhe arbeiten wir mit unseren Bündnispartner\_innen zusammen. Vor Ort knüpfen wir Kontakte und suchen Austausch und Zusammenarbeit mit Stadtteilinitiativen, der Bewegung „Recht auf Stadt“, lokalen Agenda-Gruppen, Gewerkschaften, Migrant\*innen- und Flüchtlingsorganisationen, der lokalen Friedensbewegung, Bürgerinitiativen, Umweltgruppen und vielen mehr. Wir tragen ihre Anliegen in die Parlamente.

Die Vorbereitungen der Kommunalwahlen 2016 werden in den kommenden anderthalb Jahren einen wichtigen Schwerpunkt der LINKEN in Hessen bilden. Dafür nehmen wir u.a. folgende Maßnahmen in Angriff:

- Wir rufen unsere Kreisorganisationen dazu auf, linke Politik vor Ort mit Kommunalpolitik weiter zu verzahnen und gemeinsam mit unseren gewählten Mitgliedern in den kommunalen Vertretungskörperschaften diese Themen auf Versammlungen unserer Gliederungen zu diskutieren und einen breiten Diskussionsprozess über Erfahrungen, Anforderungen und Herausforderungen für unsere Kommunalpolitik zu initiieren. Die Landespartei wird bei Bedarf die Gliederungen mit Ideen und Konzepten für Themenfindungen, Programmdiskussionen oder der Suche nach geeigneten Persönlichkeiten, die unsere Politik zukünftig in den Gremien vertreten sollen, unterstützen.
- Wir werden Vorschläge unterbreiten, wie überregionale Themen, Schwerpunkte und Aktivitäten, die eine lokale Bedeutung haben, vor Ort und in den Parlamenten aufgegriffen werden können.
- Die Lage der Kommunen, insbesondere ihre Finanznot aufgrund der Unterfinanzierung sowie die Einengung ihrer Selbstverwaltung durch die Landespolitik, werden wir weiterhin im Hessischen Landtag zum Thema machen.
- Wir beteiligen uns am Aufbau und der Durchführung der bundesweiten Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir wollen im Rahmen dieser Kampagne den Kampf um eine Stärkung der Öffentlichen Daseinsvorsorge und die Stärkung des öffentlichen Eigentums mit den Kämpfen um bezahlbaren Wohnraum und gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen verbinden.
- Wir bündeln die Kritik an der bestehenden Politik und formulieren die grundsätzliche Richtung unserer Alternativen für lebenswerte Städte und Gemeinden in einem Programm „Kommunalpolitische Eckpunkte 2016“, welches in einem breiten Diskussionsprozess gemeinsam mit „Kommunelinks“, dem überparteilichen Netzwerk für linke alternative Kommunalpolitik Hessen und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern erarbeitet und auf dem nächsten ordentlichen Landesparteitag verabschiedet werden soll.
- In Abstimmung mit der Kommission politische Bildung Hessen und Kommunelinks werden wir das Bildungs- und Weiterbildungsprogramm für linke Kommunalpolitiker\_innen fortführen und ausbauen. In dieser Bildungsarbeit wollen wir verstärkt Handwerkszeug und Fachkenntnisse mit politischer Grundlagenbildung verbinden, evtl. durch die Entwicklung und Durchführung eines Bildungskurses „Grundlagen linker Kommunalpolitik“.

Entwicklung und breite Verankerung der Partei zu einer Partei des Alltags und des Widerstandes

Wir wollen, dass DIE LINKE an Ausstrahlung gewinnt. Wir wollen einladende Debatten organisieren, eine respektable Streitkultur entwickeln. Wir werden weiter daran arbeiten, Kultur und Politik auf unseren Veranstaltungen zu verzahnen. Zu wichtigen gesellschaftlichen Ereignissen, Jahrestagen und Jubiläen organisieren wir Veranstaltungen, die eine Wirkung weit über die Partei hinaus haben.

Um gute Initiativen, Aktionen und Schwerpunkte in den Kreisverbänden besser sichtbar zu machen, erstellen wir ein anregendes Handbuch linker Politik in Hessen und organisieren einen Workshop zum Thema Parteientwicklung, in der die Kreisverbände gute Beispiele gelungener linker Politik

vorstellen. Um die gesellschaftlichen Realitäten auch in unserer Partei abzubilden, müssen wir weiblicher, migrantischer und jünger werden.

Die Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2016 ist ein weiterer Schritt der Entwicklung der Partei in Hessen. Wir gehen den Weg der organisationspolitischen Stabilisierung weiter, den wir mit unserem Beschluss „DIE LINKE. Hessen stark machen“ begonnen haben. Angesichts immer noch beschränkter Ressourcen müssen die Kräfte konzentriert und politische und organisationspolitische Schwerpunkte gebildet werden. Die politischen Themen müssen dabei die unterschiedliche Lebenswirklichkeit in den hessischen Regionen widerspiegeln. Die Organisationsentwicklung muss sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kreisverbände orientieren, differenzierter werden und den immer noch gravierenden Unterschied von ländlichen und urbanen Regionen berücksichtigen.

Die Selbsttätigkeit der Menschen ist ein Grundverständnis linker Politik. Sie beginnt bei unseren eigenen Mitgliedern. Auch deshalb muss sich DIE LINKE in Hessen als Mitgliederpartei weiter entwickeln. Wir müssen möglichst viele Mitglieder und Sympathisant\_innen in unsere Aktivitäten einbinden. Die Vorbereitung und die Durchführung der vom Parteivorstand vorgeschlagenen Dachkampagne 'Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse' kann dafür ein wichtiger Schritt sein. Die Gewinnung neuer Mitglieder und ihre Integration in die Partei ist eine vorrangige Aufgabe der Kreisverbände. Dies stellt höhere Anforderungen an das Parteileben und erfordert Anregungen und klare Verantwortlichkeiten von Seiten des Landesvorstandes. Die Politische Bildungsarbeit wird weiter ausgebaut und der begonnene Weg der Qualifizierung und Schulung der Mitglieder wird fortgesetzt.

Um die politische Arbeit vor Ort zu erleichtern, bedarf es der Unterstützung des Landes- und Parteivorstandes sowie der Landtags- und Bundestagsfraktion. Die Verzahnung von Aktivitäten der Partei mit der Tätigkeit der Landtags- und Bundestagsabgeordneten und ihrer Büros sowie der Gemeinde-, Stadt- und Kreisrätinnen und -räte muss ausgebaut und kontinuierlich entwickelt werden. Hierfür sollen konkrete Angebote erstellt werden, mit denen die Partei im Rahmen von Veranstaltungen (DIE LINKE. vor Ort) auftritt.

Im Landesvorstand werden verbindliche Ansprechpartner\_innen für soziale Bewegungen, Verbände, Gewerkschaften etc. benannt, um gesellschaftspolitische Schwerpunkte wie u. a. Flüchtlings- und Migrationspolitik, Behindertenpolitik, Fragen zur Geschlechtergerechtigkeit, TTIP, Blockupy etc. zu behandeln.

Darüber hinaus gibt es verbindliche Ansprechpartner\_innen im GLV/Landesvorstand für die Basisorganisationen, die zuhörend, unterstützend und beratend sowie ggf. auch bei Konflikten und Problemen, die jeweiligen Basisgruppen, auch über einen längeren Zeitraum, begleiten.

Die schon vorhandenen Strukturen, wie Büros und deren Mitarbeiter\_innen, sollen noch offener als Anlaufstellen und Zentren einer emanzipatorischen und widerständigen Politik vor Ort arbeiten.

## Beschluss 7. Landesparteitag vom 11. -12. Oktober 2014 in Wetzlar

### **Freihandelsabkommen stoppen!**

Das transatlantische Handels- und Investitionsschutzabkommen TTIP wird seit 2013 zwischen der EU und den USA hinter verschlossenen Türen verhandelt. Das mutmaßlich weitgehend deckungsgleiche - derzeit aber noch geheime - Abkommen CETA mit Kanada soll Ende September 2014 unterschrieben werden und anschließend einen Ratifizierungsprozess durchlaufen, der wohl rund zwei Jahre dauern wird. Parallel finden ebenfalls geheime multinationale Verhandlungen unter Beteiligung der EU über das TiSA-Abkommen statt, mit dem der Freihandel bei Dienstleistungen forciert werden soll. Diese Abkommen müssen gestoppt werden. Der Widerstand wächst aus gutem Grund:

- Mit der Verhandlung über Standards wird massiv eingegriffen in alle Lebensbereiche der Menschen. Es wird erheblicher Druck entstehen zur Absenkung von Standards und Schutzvorschriften auf dem jeweils niedrigsten Niveau. Dies kann den Schutz und die Rechte von Arbeitnehmer\*innen ebenso betreffen wie Umweltstandards oder die zarten Regulierungen des Finanzsektors im Gefolge der Finanzkrise. Bedroht ist die öffentliche Daseinsvorsorge genauso wie der Verbraucherschutz, unser Gesundheitswesen, die Kulturförderung und das Urheberrecht.
- Wenn den Banken und Konzernen politische Entscheidungen nicht passen, sollen sie die Möglichkeit erhalten, die jeweiligen Staaten und Körperschaften auf "Schadensersatz" wegen entgangenen Gewinnen zu verklagen. Diese Klagen sollen dann nicht vor einem ordentlichen Gericht, sondern in "Schiedsverfahren" geklärt werden, die sich jeglicher demokratischer und rechtsstaatlicher Kontrolle entziehen. Solche Schiedsverfahren gab es schon zu Hunderten. In 70% der bekannten Fälle endeten sie mit Entscheidungen zugunsten der Unternehmen.
- Noch schlimmer ist der "Rat für regulatorische Kooperation", der eingerichtet werden soll. Mit diesem Gremium soll den Banken und Konzernen und ihren Verbänden die Möglichkeit gegeben werden, künftig bei jedem Gesetzgebungsverfahren auf allen politischen Ebenen sicherzustellen, dass der Freihandel nicht eingeschränkt wird. Die Wirtschaft wird also der Politik diktieren, was sie zu tun und zu lassen hat.
- Des Weiteren droht ein Verbot von Rekommunalisierung. Einmal privatisierte kommunale Betriebe, wie zum Beispiel die Wasserversorgung, die Verkehrsbetriebe oder die Abfallentsorgung dürften dann nicht mehr in öffentliche Hand zurückgeführt werden. Genau dies passiert jedoch aktuell immer wieder, da die privaten Leistungen zu teuer oder zu ineffizient sind.

Der Handlungsspielraum der Gemeinden würde durch diese Vorschrift massiv eingeschränkt.

Dagegen gilt es, sich zu wehren: Wir brauchen eine breite Bewegung in den an den Verhandlungen beteiligten Ländern. Dazu wollen wir beitragen.

- DIE LINKE. HESSEN unterstützt aktiv die Bildung lokaler Bündnisse gegen die Freihandelsabkommen.
- DIE LINKE. HESSEN bewirbt aktiv die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA.
- DIE LINKE. HESSEN beteiligt sich am  
- "Europaweiten, dezentralen Aktionstag gegen TTIP, CETA, TiSA und die Freihandelsagenda"

- am Samstag, 11. Oktober 2014

- DIE LINKE. HESSEN unterstützt die in Gründung befindliche Gewerkschafter\_inneninitiative gegen die Freihandelsabkommen.
- DIE LINKE. HESSEN bittet die kommunalen Fraktionen der Partei DIE LINKE, Resolutionen zu den lokalen Auswirkungen der Freihandelsabkommen in die kommunalen Vertretungskörperschaften einzubringen.
- Der Landesvorstand DIE LINKE. HESSEN wird aufgefordert, einen Aktionsplan gegen die Freihandelsabkommen zu entwickeln.

**Ausverkauf der Kommunen und Städte stoppen –**

**Konsequent marktradikaler Freihandelslogik entgegenzutreten!**

Die LINKE Hessen spricht sich prinzipiell gegen bereits erfolgte und zukünftige Privatisierungsversuche und Vorhaben der öffentlichen Daseinsfürsorge in den Kommunen und im Land aus. Sie kritisiert den damit immer weiter fortschreitenden Entzug demokratischer Mitbestimmungsrechte des kommunalen Zusammenlebens aufs Schärfste.

Die LINKE Hessen weißt in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Gefahren für die öffentlichen Daseinsfürsorge durch das momentan international zwischen USA, EU und 22 weiteren Staaten verhandelte Freihandelsabkommen TiSA (Trade in Service Agreement) hin. Die Partei lehnt alle Freihandelsabkommen ab, deren Kern beinhaltet Kommunen und Länder zu Privatisierungen öffentlichen Eigentums zu nötigen und/oder demokratische Bestrebungen zur Rekommunalisierungen verbieten zu wollen.

Die LINKE Hessen stellt sich gegen den profitgetriebenen, marktradikalen Geist solcher Freihandelsabkommen und setzt sich für eine Rückführung (teil-)privatisierter Einrichtungen, Institutionen, Betrieben und Dienstleistungen der Daseinsfürsorge in öffentliches und demokratisch verwaltetes Eigentum ein. Sie legt ihren Fokus auf die Bereiche des hessischen Gesundheitswesens, hessischer Bildungseinrichtungen, Versorgung der Einwohner\*innen der Städte und Kommunen mit Strom, Wasser, Wohnraum und grundlegend notwendigen Dienstleistungen des alltäglichen Lebens.

Die LINKE Hessen setzt sich öffentlichkeitswirksam gegen das geplante Freihandelsabkommen TiSA ein und unterstützt außerparlamentarische Bündnisse und gewerkschaftliche Zusammenschlüsse, um sich gemeinsam gegen dieses Freihandelsabkommen stark zu machen.

Die Partei unterstützt darüber hinaus in geeigneter Form kommunale Mandatsträger\*innen und Kreisverbände, die gegen TiSA und andere Freihandelsabkommen aktiv werden wollen und lokal in ihren Kommunen den Kampf um demokratische Teilhabe öffentlicher Güter und

Daseinsvorsorge führen. Der Landesvorstand entwickelt hierfür zusammen mit parteiinternen Zusammenschlüssen ein geeignetes Konzept.



## **Für bezahlbaren Wohnraum**

### **Für Strukturpolitik in ländlichen Regionen**

Wohnungspolitik ist weiterhin und verstärkt ein Schwerpunkt des hessischen Landesverbandes. Es werden politische Konzepte entwickelt für Städte und Ballungsgebiete

- gegen die Mietpreissteigerungen
- für bezahlbaren Wohnraum
- gegen Gentrifizierung
- gegen Spekulation und die Vermarktung von Wohnraum als Ware
- für einen sozialen Wohnungsbau,
- den Bau ausreichender Wohnungen für Familien, Studenten und Flüchtlinge
- und den Bau alten- und behindertengerechter Wohnungen
- gegen Umwandlung von preiswerten Wohnraum in teure Eigentumswohnungen

Es werden politische Konzepte erarbeitet für die ländlichen Regionen

- gegen die Verödung der Dörfer
- für eine aktive Strukturpolitik
- gegen die Ausdünnung des Nahverkehrs
- für wohnortnahe Arbeitsplätze
- gegen die Zentralisierung der Verwaltungen
- gegen die Schließung von Schulen, Krankenhäusern, Kultureinrichtungen
- für eine Förderung der Landwirtschaft und der Direktvermarktung

Erfahrungen einer Kreisorganisation werden den anderen Kreisorganisationen zugänglich gemacht: in Konferenzen, in den Sitzungen der Parteigremien, mit Artikeln im Mitglieder-Info, mit einem Referenten-pool, mit Unterstützung/Schulungen der Kommission politische Bildung und des Kommunalpolitischen Forums.

Der Landesvorstand erarbeitet Arbeitsmaterialien, um den Kreisverbänden inhaltliches Rüstzeug zur Verfügung zu stellen. Die Ergebnisse der Dorfkonferenzen werden genutzt und die Erfahrungen der Initiativen für eine Soziale Stadt. Wissenschaftler werden einbezogen und kommunale Abgeordnete. Gute Beispiele werden bekannt gemacht (zum Beispiel Graz in Österreich).

Der Landesvorstand erstellt Öffentlichkeitsmaterialien und entwickelt Vorschläge für die Straße / für Infostände / Aktionen. Es wird überprüft, ob in Brennpunkten Mietersprechstunden etabliert (und bestehende unterstützt werden) können.

### **Solidarität mit den Geflüchteten - Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl**

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE Hessen verurteilt die Misshandlungen von Flüchtlingen in Erst- und Sammelunterkünften. Wir verurteilen die jüngste Verschärfung des Asylrechts und fordern, diese umgehend rückgängig zu machen.

Die Betreuung von Flüchtlingen darf nicht länger privaten Unternehmen und deren Subauftragsnehmern übertragen werden. Wer hoheitliche Aufgaben an Privatunternehmen überträgt, verliert die Kontrolle über deren Ausführung. Die Betreuung, die Versorgung und der Schutz von Flüchtlingen muss von staatlichen Behörden durchgeführt und garantiert werden.

Wir möchten die Geflüchteten auch dabei unterstützen, sich selbst für ihre Interessen einzusetzen zu können und wollen dafür die Bündnisarbeit mit lokalen Flüchtlingsorganisationen ausbauen.

Wir fordern die Bundesregierung und die hessische Landesregierung zu einer Flüchtlingspolitik auf, die sich am Maßstab der Menschenwürde orientiert und dem Grundsatz der Solidarität gerecht wird.

- Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl.
- Streichung der sogenannten sicheren Herkunfts- und Drittstaaten.
- Zugang zum Asylverfahren und faire Verfahren für Geflüchtete in Deutschland.
- Schluss mit den Abschottungsregularien der Dublin-Regelungen in der EU zugunsten einer freien Wahl des Asyllandes.
- Abschaffung von Frontex und Eurosur,
- Zentrale Flüchtlingsunterkünfte müssen durch eine dezentrale Unterbringung vor Ort in Wohnungen erfolgen.
- Volle Erstattung der Kosten an die Kommunen.
- Sofortiger Zugang für Flüchtlinge zum Erwerbsarbeitsmarkt, zu Bildung und Qualifizierung für Geflüchtete.

## Beschluss 7. Landesparteitag 11.-12. Oktober 2014 in Wetzlar

### **Unterstützung der Tarifauseinandersetzungen in den Sozial- und Erziehungsdiensten in 2015**

DIE LINKE. Hessen unterstützt die Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsdienste und ihre Gewerkschaft ver.di im kommenden Tarifkonflikt um die Aufwertung ihres Berufes. Um in dieser Tarifauseinandersetzung Arbeitskampfmaßnahmen der Kita-Beschäftigten vor Ort unterstützen zu können, wird im Landesverband Hessen noch in 2014 eine Projektgruppe eingerichtet.

Zu den Aufgaben der Projektgruppe gehört:

- Mobilisierung der Parteibasis für dieses Thema
- Kontaktsuche zwischen ver.di-Aktiven im Kita-Bereich und den Kreisverbänden unterstützen
- Gründung von Solidaritätskomitees vor Ort anregen
- Eigene Aktionsideen entwickeln
- Die Aktivitäten der Bundespartei mit denen des Landesverbandes zu verbinden
- Kommunal- und landespolitische Initiativen der Parlamentarier koordinieren

## Beschluss 7. Landesparteitag 11.-12. Oktober 2014 in Wetzlar

### **Wider die imperialistischen Interessen -Solidarität mit Kobane**

Der Kampf zwischen den Volksverteidigungskräften sowie den Frauenverteidigungseinheiten und dem so genannt 'Islamische Staat' (IS) spitzt sich zu.

Unsere Solidarität gilt dem Widerstand in Kobane und der verbliebenen Bevölkerung sowie den vielen Flüchtlingen der nordsyrischen Stadt Kobane, deren Leben durch die Angriffe der djihadistischen IS-Milizen gefährdet wird. Die Kurden haben ein Recht auf Selbstverteidigung, ihr in Rojava entwickeltes Gesellschaftsmodell der demokratischen Autonomie mit Minderheitenschutz, Gleichberechtigung der Geschlechter und Schutz der natürlichen Ressourcen darf nicht zerschlagen werden.

Der berechtigte Widerstand der Kurden wird massiv behindert durch die Politik der Regierung Davutoğlu . Sie schließt die Grenzen für Flüchtlinge und die Unterstützung der Volksverteidigungskräfte. Sie bekämpft im eigenen Land die Solidaritätsbewegung mit den Kurden im Nordirak. Und sie verhindert nicht den Nachschub für den IS., sondern unterstützt ihn sogar aktiv, versorgt seine Kämpfer in türkischen Krankenhäusern etc.

Die durch geostrategische Interessen geleitete militärische Interventions- und Besatzungspolitik des Westens hat zu der jetzigen Katastrophe geführt. Eine Fortsetzung dieser Politik wird den IS stärken. Das ist die bittere Erfahrung aus dreizehn Jahren des so genannten Krieges gegen den Terror.

\* Wir fordern von der türkischen Regierung, die Grenze für die notwendige humanitäre und medizinische Hilfe sowie das einen Korridor für Flüchtlinge und Aufständische, unterstützende Kräfte aus anderen Teilen Kurdistans und technische Hilfe zu öffnen.

\* Wir fordern von der Regierung Davutoğlu die Grenze für Material und Kämpfer des IS zu schließen.

\* Wir fordern die Bundesregierung auf, den Druck auf den NATO-Partner Türkei massiv zu erhöhen. Das PKK-Verbot in Deutschland muss endlich aufgehoben werden. Die Patriot Raketen müssen unverzüglich aus der Türkei abgezogen werden.

\* Wir fordern die massive Ausweitung der humanitären Hilfe für die Flüchtlinge aus dem Nordirak. Das Embargo der Türkei und der kurdischen Regionalregierung im Nordirak gegen Rojava muss sofort beendet werden. Die Flüchtlingscamps werden momentan vor allem durch die Solidarität der Bevölkerung in der Region am Leben gehalten. Internationale Hilfsorganisationen sind kaum vor Ort.

\* Wir setzen uns für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ein, die Aufnahme von Flüchtlingen muss erleichtert werden. Wir werben aktiv für die Aufnahme und Integration von kurdischen und jesidischen Flüchtlingen sowie anderen verfolgten Minderheiten. Die Bundesregierung fordern wir auf, hierfür die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

\* Forderungen nach einem verstärkten Eingreifen des Westens und der Ausweitung des Luftkrieges erteilen wir eine Absage. Ob mit oder ohne UN-Mandat.

\* Waffenlieferungen der Bundesrepublik in den Nahen und Mittleren Osten sind unverzüglich zu stoppen.

\* Wir rufen dazu auf, sich an den Solidaritätsdemonstrationen für Kobane zu beteiligen und für den Erhalt der in Rojava gelungenen Veränderungen in Richtung eines demokratischen Gesellschaftsmodells zu werben.

## Beschluss 7. Landesparteitag 11.-12. Oktober 2014 in Wetzlar

### **Solidarität mit Beschäftigten bei Vitos Riedstadt**

Eine ver.di Aktion von einer großen Gruppe Vertrauensleute im Vitos Philipppshospital Riedstadt gGmbH zu der anhaltenden schwierigen Arbeitssituation (im Betrieb wurden statische Folien-Zettel mit Bemerkungen über die Überlastungssituation der Beschäftigten verteilt) hat die Geschäftsleitung veranlasst zwei Kolleginnen, deren Namen bekannt wurden, wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung anzuzeigen.

Auch wenn die Vorwürfe im Grunde nicht haltbar sind (die Folienzettel machen definitiv keinen Schaden und es gibt kein Verbot, den Betrieb außerhalb der Arbeitszeit zu betreten), werden die beiden Kolleginnen dadurch massiv unter Druck gesetzt. Die Vorgehensweise ist ein Versuch gewerkschaftliche Aktionen zu verhindern und die freie Meinungsäußerung im Betrieb zu unterbinden.

Der Landesparteitag der LINKEN.Hessen erklärt sich mit den Kolleginnen und Kollegen solidarisch, die jetzt unter Druck gesetzt werden. Die LINKE erklärt ihre Solidarität mit den Betroffenen gegenüber der Geschäftsleitung und den Vertrauensleuten von Verdi bei Vitos.

DIE LINKE.Hessen freut sich über die Aktivitäten von Kolleginnen und Kollegen in Krankenhäusern, die den Arbeitsdruck und die schlechten Arbeitsbedingungen thematisieren. Sie unterstützt die Kolleginnen und Kollegen nach ihren Möglichkeiten, indem sie sich beispielsweise an den Aktionen der „Pflege am Boden“ beteiligt.

DIE LINKE.Hessen sieht verbindliche Mindestpersonalbemessung in der stationären Pflege als unbedingt erforderlich an, um Patientinnen und Patienten gut zu versorgen und auf Dauer genügend qualifiziertes Pflegepersonal zu haben. Pflegekräfte wollen eine gute Arbeit leisten und leiden darunter, wenn sie sich nicht sachgerecht und menschlich um Patientinnen und Patienten kümmern können.